

Diskussion gesetzlicher Mindestlohn, anhand des folgenden Zeitungsartikels:

Vollzeitjob schützt nicht vor Armut

Immer mehr Menschen verdienen weniger als das Existenzminimum - 23.05.2007

NÜRNBERG - Für manche Menschen in unserer Gesellschaft läuft das Leben auf strengster Geheimhaltungsstufe ab. Nicht etwa, weil sie wirklich etwas zu verbergen haben, sondern weil sie zu Niedriglöhnen arbeiten. Und weil sie sich dafür schämen und es niemandem mitteilen möchten - nicht den Bekannten, ja manchmal nicht einmal der eigenen Familie. Hartnäckiges Schweigen ist angesagt, und die Angst, dass die Wahrheit doch ans Licht rücken könnte, ein ständiger Begleiter.

Deswegen sei es auch ganz schwer gewesen, Betroffene zu finden, die sich für eine bundesweite Wanderausstellung zum Thema Mindestlohn fotografieren ließen und auf Schautafeln öffentlich ihre Situation schildern. Das berichtet Regina Schleser, Geschäftsführerin der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) in Nürnberg. Hier machte gestern der so genannte «Mindestlohn-Truck» Station, in dessen Innerem gezeigt wird, wie Menschen Vollzeit arbeiten und trotzdem arm sind.

Der Schwabacher Edgar Wanderer kennt diese Ängste, sich öffentlich als Niedriglöhner zu offenbaren, nur von anderen. Zuerst wollte zwar auch er nur mit Maske und ohne Nennung seines Namens vor der Lorenzkirche auftreten und Passanten berichten, wie es sich mit einem Stundenlohn von weniger als 7,50 Euro lebt. Denn es gab genug Menschen, die dem 44-Jährigen geraten hatten, seine Anonymität zu wahren.

Doch dann entschied sich Wanderer anders: «Ich habe die ewige Versteckerei satt», sagt er. Denn je mehr im Geheimen und Verborgenen ablaufe, umso schlimmer werde sich die Lohnsituation in Deutschland zuspitzen, umso schneller sich die Lohnspirale weiter nach unten drehen. Der Metallarbeiter, der auch jahrelang im Wachdienst gearbeitet hat, weiß, wovon er spricht: «1992 habe ich noch einen Stundenlohn von umgerechnet neun Euro bekommen», ruft er laut ins Mikrofon und sorgt dafür, dass die Umstehenden für einen Moment ihre Gespräche einstellen und ihm aufmerksam zuhören. «Das war auch schon nicht üppig. Aber heute bekomme ich nur noch knapp über sechs Euro. Die Preise sind aber nicht niedriger geworden», stellt er fest und erntet breite Zustimmung. Miete, Strom, Heizkosten - jeder weiß, was er meint. Dabei sei er ja schon bereit, sich einzuschränken, um überhaupt noch eine Arbeit zu bekommen: Das Auto habe er schon länger abgeschafft. «Ich fahr' auch im Winter mit meinem Krachmoped herum», sagt er. «Zu mehr reicht es nicht mehr. Aber wo die Entwicklung noch hinführen soll, das weiß ich nicht. Sollen wir bald alle für zwei Euro die Stunde arbeiten?»

Mit 6,34 Euro, so sein jüngstes Arbeitsangebot, käme er bei 160 Stunden auf etwa 900 Euro brutto und rund 780 netto. Seine Frau beziehe 323 Euro netto. Für die Miete werden 600 Euro fällig.

Weil das, was übrig bleibt, unter dem Existenzminimum liegt, hat Wanderer Anspruch auf einen Zuschuss von etwa 240 Euro Arbeitslosengeld II, das aus Steuermitteln finanziert wird. Und das trotz 40-Stunden-Woche.

«Die Politik muss den Sumpf trocken legen»

Damit gehört er zu den 470 000 Menschen in Deutschland, die einen Zuschuss von der Arbeitsagentur bekommen, weil es trotz Vollzeit-Job hinten und vorn nicht zum Leben reicht. Für Nürnberg und Fürth hat der DGB-Regionvorsitzende Stephan Doll folgende Zahlen ermittelt: In Nürnberg gebe es 4500 «Aufstocker», wie er sie nennt, in Fürth 1500. «Das ist skandalös», sagt er. «Die Politik muss den Sumpf trocken legen.» Wenn sich Arbeit wieder lohnen soll, so Doll, dann sei ein gesetzlicher Mindestlohn von 7,50 Euro unverzichtbar.

Wenn die Löhne in manchen Branchen erhöht werden müssten, würden dann die Bürger auch mehr bezahlen - etwa beim Friseur oder in Selbstbedienungsbäckereien? «Auf jeden Fall», sagt die Rentnerin Gerda Voggeser aus der Nordstadt. Schon jetzt gebe sie ein «gutes Trinkgeld» beim Friseur und kaufe beim Inhaber geführten Bäcker um die Ecke. Sie hält auch 7,50 Euro noch für zu niedrig. Acht wäre das absolute Minimum.

(Quelle: Stephanie Rupp, Nürnberger Zeitung)

Aufgaben:

1. Worum geht es in der Mindestlohndebatte?
2. Welche Gerechtigkeitsbegriffe passen deiner Meinung nach zu dieser Debatte?
3. Mit welchen Gerechtigkeitsmaßstäben begründet der Betroffene im Artikel seinen Standpunkt?
4. Welche Gerechtigkeitsbegriffe passen deiner Meinung nach zu dieser Diskussion, die im Zeitungsartikel beschrieben wird? Wähle aus und begründe deinen Standpunkt!